

JÜDISCHE PRESSZENTRALE ZÜRICH

ZENTRALINFORMATIONSTELLE FÜR DAS GESAMTE JÜDISCHE PRESSEWESEN

KORRESPONDENTEN
IN ALLEN JÜDISCHEN ZENTREN

JEWISH PRESS
NEWS ASSOCIATION

REDAKTION UND VERLAG:
OSCAR GRÜN



TELEGR.-ADR.: „PRESSCENTRA ZÜRICH“
POSTCHECK-KONTO VIII 5166

BUREAU CENTRAL
DE LA PRESSE JUIVE

ZÜRICH, SCHWEIZERGASSE 10
TEL.: SELNAU 32 51

Nummer 27

4. April 1919

ד' ניסן תרע"ט

Preis 25 Cts.

Abdruck gegen Quellenangabe

Konstituierung der Vertretung der Juden in Paris.

Unser Pariser Gewährsmann, Nationalrat und selbst Mitglied der Konferenz, meldet unter dem 23. März:

Die Konferenz in Paris begann am 16. ds. und tagte in continuo unter Vorsitz des Richters Mack aus New-York. Vertreten sind: Die Delegation des amerikanischen jüdischen Kongresses (u. a. Mack, Marshall, Barondess, Syrkin); Ostgalizien: (Dr. Reich, Dr. Ringel); Russland: (Rosow, Motzkin); Polen: (Sokolow, Podlischewski, Farbstein, Lewita); Litauen: (Minister Dr. Rosenbaum); Rumänien: (Schein, Rosenstein, Schächter, Braunstein). Das Komitee konstituierte sich unter dem Namen: Comité des délégations pour les droits juifs auprès de la Conférence de la Paix. Zum Präsidenten des Komitees ist Mack gewählt worden; die weitere Konstituierung soll demnächst vor sich gehen, zumal noch mehrere Delegaten, u. a. Polen: Dr. Thon, Dr. Braude und Dr. Pozriski erwartet werden. Ein eigenes Büro soll errichtet werden. Für die ersten 3 Monate ist ein Budget im Betrage von Fr. 250 000 vorgesehen worden. Nach den Pesachfeiertagen soll im Haag eine Sitzung des grossen A. C. stattfinden, welche endgültig unsere Friedenspostulate in Bezug auf Palästina feststellen wird.

Ein weiterer Bericht unseres Pariser Gewährsmannes vom 26. März 1919 meldet, dass gestern die definitive Konstituierung des Delegationskomitees für die Rechte der Juden stattgefunden hat. Zum Präsidenten wurde Mack (Amerika), zu Vizepräsidenten Frau Marshall (Amerika), Sokolow, Dr. Thon (Polen), Rosow (Russland), Ussischkin (Ukraine) und Dr. Reich (Ostgalizien) gewählt. Generalsekretär ist Dr. Motzkin. Vier Kommissionen wurden eingesetzt und zwar eine politische Kommission (Präsident Sokolow), Entschädigungskommission (Präsident Marshall), Pressekommission (Präsident Dr. Reich), Memorandumkommission (Präsident Dr. Motzkin). Aus Galizien gehören Dr. Ringel der politischen und der Pressekommission, Dr. Tannenbaum der Entschädigungskommission, Dr. Thon und Dr. Reich der Memorandumkommission an. Heute fand eine Sitzung der gegenwärtig in Paris weilenden Mitglieder des Aktions-Komitees in Anwesenheit von Prof. Weizmann und Sokolow statt. Die vertraulichen Beratungen wurden bis nach Ankunft der jüdischen Delegierten von Palästina,

deren Eintreffen von Tag zu Tag erwartet wird, vertagt. Dann dürfte es zu einem regeren Gedankenaustausch kommen.

Erklärung der Orthodoxie gegen die Assimilanten.

Die „Politische Kommission“ der in Zürich jüngst stattgehabten *Weltkonferenz der jüdisch-orthodoxen Organisationen* sieht sich gegenüber neuerlichen, nach Presseberichten veranstalteten oder geplanten Kundgebungen einzelner jüdisch-assimilatorischer Gruppen zu folgender öffentlicher Erklärung veranlasst:

Wir protestieren im Namen der orthodox gesinnten Massen des jüdischen Volkes, welche hinter der „Weltkonferenz“, stehen, aufs schärfste gegen jeden grundsätzlichen Einspruch, welcher gegen den Gedanken der Gründung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina erhoben wird und müssen jede derartige Kundgebung von unberufener jüdischer Seite in diesem Augenblicke als Verrat an der heiligen Sache des gequälten jüdischen Volkes kennzeichnen. Wir erklären, dass die von uns vertretene jüdische Orthodoxie der Welt, die Errichtung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina als ein vitales Interesse der jüdischen Gesamtheit betrachtet und für die Verwirklichung dieser Forderung, im Sinne der von der Weltkonferenz gefassten Beschlüsse, mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln, einzutreten entschlossen ist.

Oberrabbiner Prof. Dr. S. H. Margulies, Florenz

Oberrabbiner B. Schapiro, Kowno

Vorsitzende der politischen Kommission.

Oberrabbiner Dr. Th. Lewenstein

Vorsitzender der Weltkonferenz der jüdisch-orthodoxen Organisationen.

Die Lage der Juden in Adrianopel.

Unser Berichterstatter hatte Gelegenheit mit Herrn *Nessim Avigdor*, Präsident der Adrianopler jüdischen Kolonie in Konstantinopel zu sprechen, der uns bat, den Hilferuf der Adrianopler Juden an die Öffentlichkeit gelangen zu lassen, wobei er so freundlich war, uns folgende Einzelheiten mitzuteilen:

In Adrianopel ist die Lage der Juden eine sehr unglückliche. Seit dem Jahre 1906, da während der grossen Feuersbrunst 3000 Häuser, darunter zahlreiche jüdische, niederbrannten, hat das Unglück diese Stadt bis auf den

heutigen Tag verfolgt. Seit dem Balkankriege wechselte sie viermal den Besitzer. Während des Weltkrieges wurde sie durch den unglücklichen Teilungsvertrag zwischen Bulgarien und der Türkei von der Hauptverkehrslinie abgeschnitten. Die Stadt befindet sich auf türkischem Boden, die Bahnstation 4 km. entfernt auf bulgarischem Gebiet. Dadurch kann die Stadt nicht genügend mit Lebensmitteln versorgt werden. Tausende von Juden, die früher wohlhabende Kaufleute waren, sind seit dem Waffenstillstand gänzlich verarmt und gehen dem elendlichsten Hungertode entgegen. Und das in einer Stadt, wo es keinen einzigen jüdischen Bettler gab. Wenn jemand verarmte, so wurde ihm vom jüdischen Komitee ein Kapital zinslos zur Verfügung gestellt, damit er sich eine neue Existenz schaffe. Blinde bekamen reichliche Subventionen. Auf Almosen war niemand angewiesen. Seit 9 Jahren steht eine grosse Zahl jüdischer Männer ununterbrochen im Kriegsdienste. Die Frauen und Kinder dieser Soldaten sind ohne Hilfe. Die Mortalität der Kinder übersteigt 60 %. Dazu sind nur sehr wenige, fast gar keine Geburten zu verzeichnen. Die reicheren Kaufleute sind ausgewandert und die Zurückgebliebenen wandeln wie Schatten und Gespenster durch die Strassen, wie eine stumme Klage. Vor 12 Jahren gab es daselbst noch 13 spaniolische Synagogen. Heute existieren nur noch eine grosse monumentale und 2—3 kleine Synagogen. In der Stadt leben mehr als 500 grosse Talmudisten. Sämtliche Geschäfte sind am Samstag geschlossen. Es gibt keine getaufte Juden. Der Zionismus hat zahlreiche eifrige Anhänger. Am meisten wurde die hebräische Zeitung „Hazeira“ gelesen. Die achtklassige Schule der Alliance Israélite Universelle, die unter Leitung des Direktor Mitrani steht, der die Moral der energielos gewordenen Juden aufrecht erhält, und in der bis September vorigen Jahres unterrichtet wurde, haben die Türken für militärische Zwecke beschlagnahmt. Seither ist das kulturelle Leben im Niedergang. Alle Juden sprechen spaniolisch, 80 % davon beherrschen die französische Sprache, da der Unterricht in der Schule in französischer, hebräischer und türkischer Sprache erteilt wird. Nach Besuch dieser Schule studierte mindestens ein Mitglied aus jeder jüdischen Familie in Paris auf Kosten der Alliance. Die meisten Lehrer und Lehrerinnen im asiatischen und europäischen Orient stammen aus Adrianopel. In allen ausländischen Konsulaten waren jüdische Kaufleute als Beiräte für den Handel zugezogen. Die Rohseiden-Industrie, der Handel in Leder, Fellen, Wolle und Baumwolle lag ausschliesslich in Händen der Juden, deren Ehrlichkeit sprichwörtlich war. Nur selten wurden schriftliche Verträge abgeschlossen; mündliche Abmachungen auf Glaub und Treu wurden streng eingehalten. Von der St. Galler Stickerei-Industrie importierten die Juden Adrianopels jährlich Waren im Werte von mindestens 4—5 Millionen Franken. Es bestand eine grosse Strumpf- und Flanell-Hausindustrie, wodurch 4000 meistens jüdische Töchter durch Heimarbeit beschäftigt waren. Diese Mädchen, die bisher ihre eigenen Maschinen hatten und die französisch, spanisch, griechisch und türkisch spre-

chen, müssen sich jetzt als Dienstmädchen verdingen, um nur nicht elends Hungers zu sterben. Diese Hausindustrie könnte sehr leicht nach Palästina verpflanzt werden, da fast alle bereit sind, nach Palästina auszuwandern. Nur müsste man rasch sich dieser Unglücklichen annehmen, die neben dem Hungertode auch noch Gefahr laufen, wenn sie an Bulgarien oder Griechenland fallen würden, ihre bisherigen Privilegien, die sie unter türkischer Herrschaft besaßen, zu verlieren. Um die Not zu lindern, hat Prof. Strauss aus Budapest 5 Waggons Lebensmittel für die jüdische Bevölkerung von Adrianopel im September vorigen Jahres sichergestellt. Durch den Waffenstillstand kamen diese Lebensmittel niemals nach Adrianopel, weil diese Stadt durch einen unglücklichen Schacher-Vertrag von der Verkehrslinie abgeschnitten ist und die Bevölkerung so einem langsamen Hungertode geweiht ist. Ein Martyrium von 30,000 Juden, die schrecklich zu Grunde gehen müssen, wenn ihnen nicht bald Hilfe zukommt, die raschestens durch den bulgarischen Hafen Dedesagatsch geleistet werden müsste.

Weltkonferenz der zionistischen volkssozialistischen Partei.

Das Nachrichtenbüro der deutschen Landsmannschaft der zionistischen volkssozialistischen Partei Hapoel-Hazair meldet: Auf Anregung der palästinensischen Hapoel-Hazair-Organisation werden Vorbereitungen für eine Weltkonferenz der zionistischen volkssozialistischen Partei Hapoel-Hazair und Zeire-Zion getroffen.

Hapoel-Hazair und Zeire-Zion.

Das Nachrichten-Büro des Hapoel-Hazair teilt mit: Chawer Kaplan, Führer der Zeire-Zion in der Ukraine, der aus Kiew über London und Paris nach Palästina fährt, benutzte seinen Aufenthalt in Berlin, um mit dem provisorischen zentralen Waad der deutschen Landsmannschaft des Hapoel-Hazair Besprechungen einzugehen, die die Aufstellung eines gemeinsamen Programms der beiden zionistischen volkssozialistischen Parteien bezwecken. In vielen Punkten wurde die Gleichheit des Programms bereits festgestellt. Die Verhandlungen werden noch fortgeführt. Die deutsche Landsmannschaft hat Chawer Kaplan ihr Mandat für die Pariser Tagung übertragen.

Neue Pogrome in Polen.

Die jüdischen Zeitungen Polens berichten von neuen furchtbaren Judenpogromen in *Kalisch*, *Luzk*, *Wielun* und anderen Orten. Jüdische Geschäfte und Häuser wurden geplündert und zerstört. Eine grosse Anzahl von Menschen wurden verwundet. Volksmiliz und Militär verhielten sich zum Teil untätig, zum Teil unterstützten sie das Pogromgesindel. (J.K.Z.)

— (Eigener Drahtbericht.) In *Kalisch* fand ein zweitägiger Pogrom statt, bei dem viele Juden geschlagen und in einen Fluss geworfen wurden. Mit der Bahn ankommende Juden wurden ausgeplündert. Die polnische Miliz schützte die Juden nicht und der zuständige polnische Militärkommandant weigerte sich, Truppen zu schicken.

— Wie dem Berliner „Lokal-Anzeiger“ berichtet wird, teilte ein aus *Luzk* nach Oppeln zurückgekehrter jüdischer Kaufmann mit, dass dort ein blutiger Judenpogrom stattgefunden habe. Viele Läden wurden ausgeplündert und die Geschäftsleute misshandelt.

Chronik.

Polen.

Der Eisenbahn- und Postverkehr mit Polen wieder offen.

Krakau, 20. März. (Poln.-Tel.-Agentur.) Die polnisch-tschechischen Verhandlungen betreffend die Wiederaufnahme eines regelmässigen Eisenbahnverkehrs in Schlesien haben zu einem günstigen Resultat geführt. Der Verkehr wird in den nächsten Tagen wieder aufgenommen. Auch der seit Jänner 1. J. eingestellte Postverkehr wird wieder aufgenommen werden.

Zu den Landtagswahlen in Polen.

Der Pressedienst der Delegation des Jüdischen Nationalrates für Ostgalizien meldet: Bei den letzten Wahlen zum polnischen konstituierenden Landtag vereinigten auf sich die zionistischen Listenführer in ganz Polen ein Viertel Millionen Stimmen, davon entfallen auf Westgalizien 60.000 Stimmen, die der jüdischen Volkspartei im ganzen kaum 50.000 Stimmen, davon entfallen auf Warschau 28.000 Stimmen.

— Ueber die Stellungnahme der polnischen Sozialisten gegenüber den Judenpogromen in Polen schreibt das „Jüdische Volk“, nachdem es das Verhalten der zivilisierten Welt und speziell der Sozialisten in den neutralen Ländern geschildert hat, folgendes: Nicht nur führen die Sozialisten keinen Kampf gegen den blutigen Antisemitismus der jetzt in Polen herrscht, sondern im Gegenteil, sie verhelfen noch mit ihrem Auftreten, dass das grösste Verbrechen, das gegen das jüdische Volk begangen worden ist, verschwiegen werden soll. Die Hauptschuld am Lemberger Pogrom wird durch den sozialistischen Abgeordneten von Lemberg *Hausner* auf Banditen und Lebensmittelwucherer zurückgeführt. Die P. P. S. haben die Dreistigkeit in ihrem offiziellen Organ uns zu beschuldigen, dass wir eine antipolnische Propaganda führen, weil der Aufschrei aller Juden sich in der ganzen Welt vernehmbar macht. Dabei verleumdet man uns vor der Entente, dass wir dies nach Anweisungen aus Wien und Berlin machen. Wir müssen da die Herren *Hausner* und Genossen erinnern, dass sie die Agenten waren, die das galizische Nationalkomitee während der Okkupationszeit nach Amerika entsendet hat, um dort Stimmung für die Zentralmächte zu machen. Uebrigens werden die edlen Herren der P. P. S. genügend durch die Nationalisten demaskiert, welche in dieser Hinsicht viel anständiger sind und die die Juden in den in Polen geführten Kampf der zwei Orientierungen nicht hereinziehen. Das Monopol für Judenhetze und provokatorische „Schmad Stiklach“ haben jetzt die P. P. S. und es gefällt ihnen nicht, dass die Nationalisten aus internationalen Gründen sich reseserviert verhalten. Der

„Robotnik“ erzählt mit Freuden, dass in Amerika sich die polnischen Sozialisten mit den Nationalisten zu einem gemeinsamen Kampfe gegen die Juden vereinigt haben. Um alles ableugnen zu können werden alle Berichte, die über die Judenmassakres gebracht werden als deutsch-österreichische Intrigen bezeichnet. Der „Robotnik“ fordert deshalb die nationalen Parteien auf, auch in Polen eine gemeinsame antisemitische Front gegen den „innerlichen Feind“ zu bilden.

Galizien.

„Judenreine“ polnische Mittelschulen.

Seit ungefähr sechs Wochen sind die jüdischen Schüler in *Przemysl*, von der 6. Klasse angefangen, in beiden polnischen Gymnasien von jedem öffentlichen Unterricht *ausgeschlossen*. Die christlichen Schüler erklärten, dass sie mit ihren jüdischen Kollegen gemeinsam keine Schule besuchen wollen, weil diese nicht fürs Vaterland kämpfen wollen. Die beiden Direktoren erklärten sich machtlos und lösten die betreffenden Klassen auf. Darauf beschlossen die christlichen Lehrer, für die christlichen Schüler Privatkurse zu errichten; diese finden nun in denselben Räumen und zur selben Zeit statt, wie früher der reguläre Unterricht und werden von denselben Lehrkräften geleitet. Durch diese Finte sind die jüdischen Schüler aus den polnischen Obergymnasien tatsächlich ausgeschlossen. Bisher sind alle Interventionen in Warschau fruchtlos geblieben.

— Der Pressedienst der Delegation des Jüdischen Nationalrates für Ostgalizien meldet: Nach dem letzten Wahlgang haben in *Krakau* einzelne Assimilanten eine demokratische Partei gegründet, die aber nur eine Vereinigung von einzelnen Personen ohne nennenswerten Anhang bildet. Um aber ihre Existenz als eine Partei zu beweisen lancieren die Assimilanten in letzter Zeit in den „Times“ Nachrichten von einer Vereinigung jüdisch-galizischer Parteien, ausschliesslich der zionistischen, zu einer demokratischen Partei. Diese Nachrichten entsprechen nicht den Tatsachen. In Galizien bestehen drei jüdische Parteien: Zionisten, Poale Zionisten und jüdische Sozialisten (Z.P.S.), die beiden letzteren machen nur einen geringen Bruchteil der jüdischen Gesamtbevölkerung aus. Ausser diesen drei gibt es in Galizien keine anderen jüdischen Parteien. Die letzten Wahlen, bei welchen die zionistischen Listen 60.000 und die einzige Assimilantenliste in *Krakau* (Dr. Gross) nur 2000 Stimmen erhalten haben, beweisen, dass die Judenheit Galiziens keinesfalls der antijüdischen Politik der Assimilanten mehr Folge leisten will. Trotzdem aber versuchen die Assimilanten noch immer der Welt ihre Existenz als Partei vorzutäuschen.

Ukraine.

Vertretung der Juden in der ukrainischen Konstituante.

Zu den Vorbereitungen zur ukrainischen Konstituante und den Beratungen in den entsprechenden Kommissionen werden Vertreter des ostgalizischen jüdischen Nationalrates beigezogen. (J.K.Z.)

— Der westukrainische Staatssekretär für Unterricht, Dr. *Artymowitsch*, äusserte sich dem Jüdischen Nationalrat für Ostgalizien gegenüber, dass sowohl die Regierung als auch die Rada beschlossen, bei der Organisation von Staatsschulen die nationalen Minoritäten zu berücksichtigen, Da jedoch die Juden infolge der proklamierten Neutralität in der Rada nicht vertreten sind, werde zunächst das Staatssekretariat für Unterricht den Schulbehörden die Weisung erteilen, für den Unterricht der jüdischen Schüler in der hebräischen Sprache und der jüdischen Geschichte an den staatlichen Schulen zu sorgen.

Litauen.

— Am 20. Februar fand in Wilna die Gründungsversammlung einer jüdischen historisch-ethnographischen Gesellschaft für Litauen und Weiss-Russland statt. Besondere Sektionen wurden für Geschichte, Ethnographie, Volks-Musik und Volk-Kunst gebildet.

Deutsch-Oesterreich.

Hilfsaktion für Pogromopfer und notleidende Juden im Osten.

Der Pressedienst der Delegation des jüdischen Nationalrates meldet:

Die jüdischen Nationalräte und die Israelitische Allianz zu Wien bildeten zwecks Hilfeleistung für Pogromopfer und notleidende Juden in Galizien, Polen und anderen Ländern des Ostens ein „Vereinigtes Komitee“ für die Verteilung der amerikanischen Hilfgelder des Joint Distribution Comité. Das Komitee besteht aus 16 Mitgliedern von denen jede Gruppe je 8 entsendet. Ihre Aufgabe ist, die amerikanischen Gelder für die notleidenden Juden Galiziens, der Bukowina, Polen, der anderen Länder der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie, der Balkanländer und der Ukraine in Empfang zu nehmen, zu verwalten und in den betreffenden Ländern zur Verteilung zu bringen.

Dem Vollzugsausschuss gehören an: Dr. Arthur *Kuranda* als Präsident, Dr. Bruno *Pollak* von Parnau und Adolf *Stand* als Vizepräsidenten, Dr. *Kaminka*, W. *Pappenheim*, H. *Tropp* und L. *Wechsler* als Mitglieder.

Berichte aus Wien.

Unser Wiener R. Korrespondent meldet: Auf Anregung des allseits geschätzten Leiters des Palästina-amtes Dr. Emil *Stein* ist vor kurzer Zeit eine Organisation der Beamten der zionistischen Institutionen ins Leben gerufen worden. Ihr Ziel ist die *Förderung der beruflichen und geistigen Interessen der Beamten*. Sie strebt auch den Zusammenschluss zu einer Weltorganisation an. Allen leitenden Stellen ist bereits ein Memorandum über die notwendigen Reformen seitens des Ausschusses zugeschickt worden und ist zu erwarten, dass diese Angelegenheit, die auch im Interesse des Gedeihens der zionistischen Sache vollen Erfolg verdient, mit der erforderlichen Sachlichkeit und Dringlichkeit behandelt werden wird. —

Die Bestrebungen des Jüdischen Nationalrates, Dr. *Schwarz-Hiller* u. a. den Flüchtlingen, die jetzt keine

Möglichkeit haben nach Galizien zurückzukehren — die für den 15. März festgesetzte Einstellung der Unterstützung zumindest bis 1. Mai hinauszuschieben, fanden leider bei der d. ö. Regierung nicht den verdienten Wiederhall und es wurde die Auszahlung jeder weiteren Unterstützung, obwohl nicht einmal Transportmittel für die Heimbeförderung der Flüchtlinge vorhanden sind, verweigert — haben zur Bildung eines Komitees geführt, welches die *Auszahlung* der Unterstützung für 4—6 Wochen auf sich genommen hat. Gelder sind von der polnischen und ukrainischen Regierung versprochen worden. —

Der Jüdische Nationalrat für Deutsch-Oesterreich lässt sich mit dem durch die Wahl Stricker's errungenen Siege nicht zufrieden und entwickelt eine emsige Tätigkeit auf allen Gebieten des jüdischen Lebens.

Demnächst sollen ein Unterrichtsamt und eines für soziale Fürsorge geschaffen werden. Ebenso sind alle Vorbereitungen zur Wahl für den J. N. R. im Zuge.

Ungarn.

Ungarische Sozialistenführer über die jüdischnationale Bewegung.

Die Führer der ungarischen sozialdemokratischen Partei Emanuel Buchinger und Desider Biró äusserten sich einem Mitarbeiter des Zsidó Szemle u. a. folgendermassen:

Buchinger: Auf dem Berner internationalen Sozialistenkongress wurden die Rechte und kulturellen Ansprüche der jüdischen Nation anerkannt. Wir ungarischen Sozialdemokraten fühlen uns eins mit der Internationale, es ist also selbstverständlich, dass wir ihr in allen Dingen Gefolgschaft leisten. Den ebenso von der Friedenskonferenz, wie von der sozialdemokratischen Internationale angenommenen Standpunkt werden auch wir nach Kräften unterstützen. Die sozialdemokratische Partei Ungarns behandelt die zionistische Nationalbewegung mit dem grössten Wohlwollen und Verständnis und legt ihr durchaus keine Hindernisse in den Weg.

Aehnlich äusserte sich *Desider Biró*, der seine Ueberzeugung aussprach, dass die Juden die gleichen Rechte erhalten werden, wie die übrigen Nationalitäten, insbesondere volle Autonomie in ihren Schulwesen und sonstigen kulturellen Institutionen. Eine grosse Auswanderung der ungarischen Juden nach Palästina hält er nicht für wünschenswert, da das Land auf die Juden sehr angewiesen ist.

Deutschland.

Vom Hapoel-Hazair in Deutschland.

Ein Zeugnis für das Anwachsen der zionistischen volkssozialistischen Bewegung im Galuth ist die Tatsache, dass neuerdings eine Anzahl führender Zionisten Deutschlands und des gewesenen Oesterreichs sich dem *Hapoel-Hazair*-Verband angeschlossen hat. Der Deutsche Landesverband hat vor allem den Beitritt Dr. Martin *Buber's* und Dr. Max *Straus* zu verzeichnen. In Wien haben sich der dortigen Gruppe, für deren provisorischen Waad Eugen *Höflich* zeichnet, ausserdem Dr. Adolf *Böhm*, Dr. Robert *Weltsch*, Dr. Siegfried *Bernfeld*,

Dr. *Abraham-Schwadron* und Dr. *Elijah-Rappaport* angeschlossen; aus Prag haben Dr. *Hugo Bergmann*, Dr. *Max Brod*, Prof. *Oskar Epstein* ihre Mitarbeit zugesagt.

Der Zentralverein und der jüdische Kongress.

Die Leitung des Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens hat durch ihren Vorsitzenden Geh. Justizrat *Dr. Fuchs* in einer Berliner Versammlung Stellung genommen gegen den Zionismus und gegen den von den Zionisten propagierten jüdischen Kongress aller deutschen Juden, die „im Bewusstsein ihrer Zugehörigkeit zum jüdischen Volk an der Entwicklung eines lebendigen Judentums mitarbeiten wollen“. Dr. *Fuchs* sagte: „Das Deutschtum ist uns Nation und Volk, das Judentum Glaube und Stamm. Wir fühlen uns als Glieder des deutschen Volkes und erklären — und das ist unser Hauptgegensatz zu den Zionisten — wir sind kein jüdisches Volk in Deutschland und wollen auch keines sein!“

Den Herren vom Zentralverein sei da nur erwidert, dass mit der Verneinung des jüdischen Volkstums und der dadurch bedingten Assimilation wir in Deutschland heute so weit gekommen sind, dass in den meisten jüdischen Grossgemeinden mehr als die Hälfte aller Eheschliessungen Mischehen sind. Das durch den Zionismus wieder erweckte Volksbewusstsein bedeutet geradezu eine Rettung. Nach Dr. *Fuchs* „gärt und braust es im deutschen Judentum“. Wir wären sehr froh wenn dem so wäre. Doch die Mischehen und Taufen reden eine andere Sprache. Der Teil der deutschen Judenheit, bei dem es gärt und braust, hat meist seinen Weg zum Zionismus gefunden, der ihm eine Antwort gibt auf seine Frage nach einer jüdischen Zukunft — der Zentralverein kann ihm diese Antwort nicht geben.

(N. Jüdische Presse, Frankfurt a. M.)

— Bei den Stadtverordnetenwahlen in Posen erhielten die Deutschen 23 780 Stimmen, die Nationaljuden 1692, die Polen 55 504, die Sozialdemokraten 2650, ein Wilder 557. An Mandaten erhalten durch diese Wahlen die Polen 41, die Deutschen 17, die Sozialdemokraten 1, die Juden 1.

England.

Nationale Minderheitsrechte für die Juden in den Ländern, wo sie in Massen wohnen.

London. Hier fand eine Massenversammlung statt, in welcher alle Redner nationale Minderheitsrechte für die Juden verlangt haben, in den Ländern, wo diese Forderung gestellt wird.

Herbert Bentwich präsidierte dieser Versammlung. Oberrabbiner *Hertz* (London) wies auf die Wichtigkeit der nationalen Rechte hin. *Motzkin* (Kopenhagen) betonte die Notwendigkeit dieser Rechte, die für die über-grosse Mehrheit des jüdischen Volkes eine Lebensfrage geworden sind. *Rosow* (Petersburg) sprach für die russischen Juden, die diese Forderung einstimmig stellen. *Farbstein* (Warschau) berichtete im Namen der polnischen Juden, die im jüdischen Nationalrat ihre Vertretung gewählt haben, und womit das polnische Judentum bei den letzten Wahlen deutlich bewiesen hat, dass es die Assimilation verwirft und nationalistisch ist. *Sonne* (Ga-

lizien) schildert die Stellung der Juden im Streite zwischen Polen und Ukrainer. Die nationalen Rechte sind für die Juden eine unbedingte Garantie für die Bürgerrechte. *Leo Herrmann* (Prag) sprach im Namen der Juden der tschecho-slowakischen Republik. Die demokratischen Parteien und Masaryk haben den Juden die Anerkennung der nationalen Rechte verbürgt. Es sprachen noch die Vertreter der amerikanischen Juden, Rabbiner *Leventhal* und *Barondess* (New-York), *Stern* (Jugoslawien) und *Morris Meyer* (Poale-Zion).

Die Redner protestierten auch gegen das eigenmächtige Auftreten einiger englischer Notabeln, die der Friedenskonferenz ein Memorandum eingereicht haben, das die Juden der betreffenden Länder nicht beachtet. Es wurde eine Resolution angenommen, worin von der Friedenskonferenz nationale Minderheitsrechte verlangt werden.

(J. K. H.)

— Die Liga der englischen Juden hat an Balfour einen Dankbrief für sein Interesse an jüdischen Fragen geschickt, in welchem erklärt wird, dass die Liga mit seiner, Balfours, Ansicht, die er in der Vorrede zum Buche von Sokolow ausgedrückt hat, wonach die Juden heimlos wären, nicht einverstanden ist. Die Liga erklärt, dass die englischen Juden ein Heim haben. Unterscriben sind: *Lyonel Rothschild*, *Lord Swaythling*, *Philip Magnus* und *Marcus Samueli*.

(Jüd. Morgenpost)

— In der „Morning Post“ veröffentlicht der bekannte französische Assimilant *Reinach* einen scharfen Artikel gegen den Zionismus.

Schweden.

— Im Auftrage des Vereinigten Jüdischen Hilfskomitees in Lemberg weilt seit einiger Zeit in Skandinavien der Lemberger Rechtsanwalt Dr. *Waschitz*. Herr Dr. *Waschitz* hat zur Aufgabe, die Hilfsaktion zugunsten der Pogromopfer zu fördern. Herr Dr. *Waschitz*, der zu den prominenten Führern des galizischen Judentums gehört, war selbst Augenzeuge des Lemberger Pogroms und besitzt viel authentisches Material. Er war bereits in Kopenhagen, wo er sich mit dem jüdischen Zentralhilfskomitee Skandinaviens und der dortigen jüdischen Gemeinde über die Hilfsaktion verständigt hat. Von Stockholm reist Dr. *Waschitz* nach Finnland und dann mit dem gleichen Auftrage nach New-York.

Bulgarien.

— In *Sofia* wurde jüngst die *Bulgaro-Palästina-bank* mit 5 Millionen Leva Aktienkapital, eingeteilt in 125 Stück Anteile zu 40 000 Leva, gegründet. Präsident des Verwaltungsrates ist der Direktor der Rustschuker Eskomptebank *Benun* in *Sofia*, Vizepräsident der Sofioter Grosskaufmann *Sigmund Rintl*. Das Unternehmen bezweckt neben der Förderung der zukünftigen Handelsbeziehungen Bulgariens zu Palästina die finanzielle Abwicklung der Angelegenheiten jener Juden, welche nach Palästina auswandern wollen. Anscheinend wird mit Rücksicht auf die missliche wirtschaftliche und politische Lage mit einer weitgehenden Auswanderung gerechnet.

(Pester Lloyd.)

Türkei.

Ein jüdischer Nationalrat in Konstantinopel.

Konstantinopel, 23. März. Vor einigen Tagen hat sich hier ein jüdischer Nationalrat als oberste Behörde der Juden in den türkischen Gebieten konstituiert. Der Sitzung wohnte auch der Führer der russischen Zionisten Ussischkin bei, der kürzlich von dem Zehnmänner-Rat der Friedenskonferenz über die Forderungen des jüdischen Volkes einvernommen worden war. Der Nationalrat hat einen Vertreter zur Pariser Konferenz der jüdischen Nationalräte entsendet. (Wiener Morgenzeitung)

Palästina.

Grosse hebräische Druckerei in Jerusalem.

Die englischen und amerikanischen Zeitungen haben mehr als einmal auf die Bedeutung einer grossen hebräischen Druckerei in Jerusalem hingewiesen. Zu diesem Zweck sind in Amerika und England verschiedene Vereinigungen gegründet worden. Nach Wiedergeburt der nationalen Bewegung in Russland entstand auch dort der Gedanke der Gründung einer solchen Druckerei. Russland war seit Jahrhunderten das Zentrum des hebräischen Druck- und Buchwesens. Die grossen hebräischen Druckereien in Russland sind während der Kriegszeit vernichtet worden und der Büchervorrat ist erschöpft. Die Juden Russlands empfanden diesen Mangel und ihre erste Tat war es, als die Lichtstrahlen der Freiheit in Russland aufblitzten, zum Wiedererstehen des hebr. Buches und der hebr. Druckerei das ihrige beizutragen. Aber nicht auf fremdem Boden, sondern in Jerusalem soll solch eine grosse Druckerei entstehen. Zu diesem Zweck ist in Russland auf kaufmännischer Grundlage ein Verein gegründet worden mit dem Anfangskapital von 3 Millionen Franken. Herr S. Salzmann ist von diesem Verein nach Palästina gesandt worden um die Basis zu einem grossen und breiten Arbeitsfeld dort vorzubereiten. Die grosse hebräische Druckerei die in Jerusalem gegründet werden wird, wird zumindest tausend Arbeiter beschäftigen, denn es wird dort in verschiedenen Abteilungen alles was mit dem Druckwesen zusammenhängt in Betracht kommen. Gedruckt wird jedes hebr. Buch werden, vom Anfängerbuch bis zum philosophischen Werk, vom Sidur bis zum Talmud. Die Druckerei wird als Muster dienen, sowohl an äusserer Ausstattung wie auch an innerem Gehalt. Der Verein will das hebr. Buch zu einer solchen Stufe der Vollkommenheit erheben, dass wer immer irgend ein Buch verlangt, er nach „Published in Jerusalem“ suchen wird. Zu diesem Zweck wird der Verein moderne und grosse Maschinen vom Ausland bestellen. Es darf kein Hindernis für Leistung künstlerischer Arbeit geben. Der Verein beabsichtigt sein Arbeitsfeld zu erweitern und in den grösseren Städten Europas und Amerikas Filialen zum Bücherverkauf zu eröffnen. In Jerusalem wird sich jedoch alles zentralisieren.

Bedeutende literarische Kräfte, wie Bialik, Rawnicki, Darwinow, Glücksohn haben ihre Mitarbeit versprochen, und wollen bei nächster Gelegenheit sich nach Palästina einschiffen. Das Projekt ist ausgearbeitet worden

durch Herrn Salzmann und Herrn Kabanow, Redakteur des Rasswiet.

— Auf Initiative der Poale-Zion kommt es jetzt in Palästina zu einer Vereinigung der jüdischen Arbeiterschaft auf nationaler und sozialistischer Grundlage, die Institutionen schaffen soll zur Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft, Regelung der Emigration der jüdischen Arbeiter, Gründung von Arbeiterkassen, Arbeiterküchen und einer Zentrale für Kulturarbeiten. Die Gründungskonferenz dieser Vereinigung soll demnächst stattfinden. Die Tagesordnung umfasst neben der Arbeiterfrage alle aktuellen Probleme des heutigen Palästina und der zionistischen Organisation. Der „Hapoel Hazair“ hat sich dieser Vereinigung nicht angeschlossen.

Schweiz.

Delegiertentag des Misrachi-Verein der Schweiz 2. April 1919.

Die am 2. Nissan 5679 in Zürich versammelten Delegierten der Misrachi Landesorganisation in der Schweiz haben nach Anhörung der Referate und der darauf erfolgten Diskussion über die aktuellen und organisatorischen Fragen einstimmig die folgende Resolution gefasst: 1. Der Misrachi steht auf dem Boden der Einheit des jüdischen Volkes und weist jeden Versuch der Zersplitterung der jüdischen Volkskräfte mit Entrüstung zurück. 2. Einig in den Forderungen der gesamten Judenheit auf Palästina als nationale Heimstätte des jüdischen Volkes, erstrebt er deren Aufbau auf Grundlage der Tradition und der sozialen Gerechtigkeit im Geiste der Thora. 3. Der Misrachi tritt ein für die Forderung der nationalen Autonomie auf religiösem, kulturellem, sozialem und politischem Gebiete für die jüdische Bevölkerung der Länder jüdischer Massensiedelung, sowie aller anderen Länder, falls deren jüdische Bevölkerung Anspruch auf sie erhebt. 4. Der Misrachi fordert die volle und tatsächliche Gleichberechtigung derjenigen Juden, die auch ferner im Galuth bleiben.

— Das Zentralbüro der „Agudas Jisroel“ ersucht uns um folgende Veröffentlichung:

Herr Oberrabbiner Kook, London, lässt dem Zentralbüro der „Agudas Jisroel“ mitteilen, dass die Organisation Degel Jeruscholaim nach wie vor vollständig unabhängig ist und dass alle Zeitungsnachrichten über einen Anschluss seiner Organisation an andere palästinensischen Organisationen nicht den Tatsachen entsprechen.

Presse.

— „Der neue Orient“ bringt in Nr. 7/8 einen Aufsatz von Arnold Zweig über „Das jüdische Palästina und der Orient“. Ferner veröffentlicht genannte Zeitschrift das Programm der Poale Zion und des Hapoel Hazair, mit einem Entwurf von Leitsätzen zu letzterem Programm von Ludwig Strauss.

— In Krakau erscheint seit einigen Wochen eine orthodoxe jüdische Tageszeitung „Krakauer Tagblatt“ als Organ der Schlome Emunei Jisroel.

— In Przemyśl erscheint seit vier Wochen das vom jüdischen Nationalrat herausgegebene Wochenblatt „Der Przemyssler Jid“.

— In Wien erscheint ab 1. März unter der Bezeichnung „Jüdische Jugendblätter“ eine neue jüdische Halbmonatsschrift, welche die Aufgabe hat, unter möglichster Fernhaltung von theoretischen Spekulationen die Jugend mit dem Wesen der jüdischen Realität vertraut zu machen.